Made for Germany

Impulse aus der Wirtschaft

MADE FOR GERMANY

GEMEINSAM SIND WIR STARK

Bürokratie abbauen

MADE FOR GERMANY
GEMEINSAM SIND WIR STARK

Made for Germany – Bürokratie abbauen | Herausforderungen

AG 5 „Bürokratie abbauen“

Fokusimpuls	Herausforderungen
1 Bürokratie abbauen auf nationaler Ebene Der Abbau von Bürokratie soll zu einer spürbaren Entlastung der Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung führen. Der Fokus liegt hier auf Standardisierung, Digitalisierung und Fortschrittsmonitoring	• **Starker Anstieg der Bürokratiekosten und des Erfüllungsaufwands:** Laut dem Bericht des Nationalen Normenkontrollrates von 2025 leidet Deutschland trotz einer leichten Trendwende im vergangenen Jahr weiterhin unter großen Bürokratielasten: „64 Mrd. Euro Bürokratiekosten pro Jahr und 13,2 Mrd. Euro zusätzlicher Erfüllungsaufswand seit 2011“ • **Umsetzung ambitionierter Abbauziele:** „Wir werden die Bürokratiekosten für die Wirtschaft um 25 Prozent (rund 16 Milliarden Euro) reduzieren und den Erfüllungsaufwand für Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger sowie Verwaltung um mindestens zehn Milliarden Euro senken.“ (KoaV, Z. 1343 ff.) • **Systematische und nachhaltige Kontrolle:** In der Modernisierungsagenda fehlen bisher ein professionelles Controlling, das die Zielerreichung regelmäßig überprüft und transparent macht, sowie ein Transformationsmotor innerhalb der Bundesregierung • **Allgemeiner Befund:** Die Bundesregierung orientiert sich beim Abbau ihrer Transformationshemmnisse zu wenig an verfügbarem Wissen aus dem Management von Großunternehmen und aus Erfolgsbeispielen anderer OECD-Staaten
2 Bürokratie abbauen auf europäischer Ebene Da EU-Gesetzgebung erheblichen Einfluss auf deutsche Unternehmen hat, bitten wir die Bundesregierung, sich **aktiv für Bürokratieabbau und spürbare Entlastungen** auf EU-Ebene einzusetzen	• **Redundanzen:** Mangelnde Kohärenz zwischen EU-Regelungen bei nachhaltigkeitsbezogenen Berichtspflichten (u.a. CSRD, CSDDD, EUDR) und komplexe, überlappende Digitalgesetzgebung (u.a. AI Act, Data Act, Cyber Resilience Act, GDPR) verursachen Umsetzungsprobleme und unnötigen Mehraufwand. Personelle und finanzielle Ressourcen werden gebunden mit negativem Effekt für anderweitige innovative Projekte und Investitionsvorhaben • **Wettbewerbsnachteile für mittelständische Strukturen und ihre Geschäftspartner:** Gesetzliche Anforderungen werden zum Hindernis für die Zusammenarbeit zwischen Mittelstand und ihren Geschäftspartnern entlang der Kette • **Neue EU-Regulierungen**: Neue EU-Regulierungen (z.B. Financial Data Access Regulation (FiDA), Green Claims Directive, Late Payment Regulation) drohen zusätzliche, nicht zielführende Lasten zu schaffen • **Fehlende Harmonisierung:** Fehlende Harmonisierung zwischen EU- und internationalen Standards (ISSB) verursacht unverhältnismäßigen Berichtsaufwand und erschwert Datenvergleichbarkeit
3 Verschlankung industrieller Planungs-und Genehmigungs-verfahren Ziel ist es, durch Verschlankung industrieller Planungs- und Genehmigungsverfahren die Wettbewerbsfähigkeit des Standort Deutschlands (Stichwort: regulatorische Rahmenbedingungen) wiederherzustellen	• **Langwierige Genehmigungsverfahren:** Langwierige Genehmigungsverfahren lähmen die Industrietätigkeit und führen zu Standortnachteilen sowie zur Abwanderung von Unternehmen und Arbeitsplätzen • **Konzentration der Gesetzesänderungen auf Verfahrensrecht:** Gesetzesänderungen konzentrieren sich auf Verfahrensrecht, während das materielle Recht meist unverändert bleibt oder verschärft wird, sodass sich die Verfahrensdauern insgesamt sogar erhöht haben. • **Kaum Verfahrensbeschleunigung bei industriellen Vorhaben:** Bisherige Beschleunigungsgesetze betreffen vor allem Energie- und Verkehrssektoren, während Industrieprojekte weitgehend unberücksichtigt bleiben • **Übermäßige Gutachten- und Prüfanforderungen ohne Verhältnismäßigkeit:** Unklare bundes- und landesgesetzliche Vorgaben und zu viele „Kann“-Vorgaben erschweren straffe Verfahren für die Behörden und führen zu immensem Ressourcenaufwand – den Unternehmen fehlt Planungs- und Investitionssicherheit. • **Digitalisierung und Standardisierung:** Die Potenziale der Digitalisierung und Standardisierung sind zu gering und werden bislang nicht ausgeschöpft. Unterschiedliche Zuständigkeiten auf Bundes- und Landesebene führen zu Komplexität

Quelle: M4G Arbeitsgruppe „Bürokratie abbauen“

Made for Germany – Bürokratie abbauen | Maßnahmen

AG 5 „Bürokratie abbauen“

Fokusimpuls	Maßnahmen
1 Bürokratie abbauen auf nationaler Ebene Der Abbau von Bürokratie soll zu einer spürbaren Entlastung der Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung führen. Der Fokus liegt hier auf Standardisierung, Digitalisierung und Fortschrittsmonitoring	• **Erfüllung der im Koalitionsvertrag verankerten 25%-Ziele:** Reduktion von Bürokratie- und Berichtspflichten um rund 4 Mrd. € jährlich zur Entlastung von Wirtschaft und Verwaltung • **Professionelles Controlling etablieren:** Regelmäßige Fortschrittsüberprüfung durch ein unabhängiges Monitoring nach Empfehlung des NKR • **Standardisierter „Bürokratie-Abbau-Check“:** Prüfung aller neuen nationalen und EU-Gesetze auf Bürokratiebelastung im Rahmen des NKR-Verfahrens • **Vermeidung von „Gold Plating“:** EU-Mindeststandards nur im erforderlichen Umfang umsetzen und nationale Spielräume flexibel nutzen • **Streichung von Ausnahmen vom „One in, one out“-Prinzip:** Konsequentere Anwendung der Bürokratiebremse zur Sicherung echter Nettoentlastung • **Vereinfachung und Standardisierung von Normen:** Harmonisierung von Regelungen zwischen Bund und Ländern zur Erhöhung von Effizienz und Rechtssicherheit • **Einsatz moderner Methoden und Technologien:** Einrichtung eines **Transformation Management Office (TMO)** in jedem Bundesressort; Nutzung von **KI**, um Widersprüche und Redundanzen frühzeitig zu erkennen und Normen zu bündeln; Einführung von **Beschleunigungsteams („Delivery Units“) n**ach britischem Vorbild zur schnellen Lösung von Verwaltungsblockaden und Umsetzungshemmnissen • **Reduzierung der Steuerbürokratie und Senkung der Unternehmenssteuerlast:** Etablierung eines einfachen, effizienten und rechtssicheren Steuerrecht, um die Attraktivität des Standorts, insbesondere des Holdingsstandorts zu stärken (z.B. unbürokratische Gruppenbesteuerungssysteme)
2 Bürokratie abbauen auf europäischer Ebene Da EU-Gesetzgebung erheblichen Einfluss auf deutsche Unternehmen hat, bitten wir die Bundesregierung, sich **aktiv für Bürokratieabbau und spürbare Entlastungen** auf EU-Ebene einzusetzen	• **Vermeidung von Redundanzen bei Nachhaltigkeitsberichten:** Überschneidungen und Inkohärenzen zwischen CSRD, CSDDD, EUDR und sektor-ähnlichen Gesetzen beseitigen, u.a. durch Klarstellung und Vereinheitlichung von Scope und Definitionen • **Fokussierung der Berichtspflichten:** Konzentrierung auf wesentliche, steuerungsrelevante Inhalte ohne Ausweitung auf vor- und nachgelagerte Wertschöpfungsketten. Bemühenspflicht für direkte Geschäftspartner bei Zusammenarbeit mit KMU (besondere Relevanz für den Handelssektor) • **Harmonisierung der digitalen EU-Gesetzgebung:** Umfassende inhaltliche Überarbeitung und Vereinfachung innovationshemmender Regulierungen wie AI Act, Data Act und Cyber Resilience Act • **FiDA-Verordnung zurückstellen:** Aufschub der Financial Data Access Regulation zur Wahrung von Innovationskraft und Datenschutz • **Harmonisierung mit globalen Standards:** EU-Berichtspflichten an internationale Rahmenwerke angleichen, um Aufwand zu senken und Vergleichbarkeit zu erhöhen • **Abschaffung der ESEF-Berichtspflicht:** Streichung der verpflichtenden XBRL-Tagging- und Prüfungspflicht für kapitalmarktorientierte Unternehmen, um Kosten, Komplexität und Verwaltungsaufwand deutlich zu reduzieren • **„Bürokratieabbau“-Check im EU-Rat:** „Bürokratieabbau“ als zentrales Kriterium für Stimmverhalten in Brüssel heranziehen und stets Gewicht Deutschlands im Rat in diesem Sinne nutzen
3 Verschlankung industrieller Planungs-und Genehmigungs-verfahren Ziel ist es, durch Verschlankung industrieller Planungs- und Genehmigungsverfahren die Wettbewerbsfähigkeit des Standort Deutschlands (Stichwort: regulatorische Rahmenbedingungen) wiederherzustellen	• **Überführung von fachrechtlichen Regelungen ins Verwaltungsverfahrensgesetz:** Übernahme von Regelungen aus Fachgesetzen ins VwVfG, um einheitliche Gültigkeit für andere Fachrechtsbereiche zu schaffen • **Einführung einer Stichtagsregel („Redaktionsschluss“):** Einführung einer Stichtagsregelung, die ab einem bestimmten Zeitpunkt eine gesetzliche Vermutung für die Aktualität der Sachverhaltsannahmen eintreten lässt („Redaktionsschluss“) • **Erörterungstermine fakultativ gestalten:** Ausgestaltung von „ob“ und „wie“ des Erörterungstermins als Ermessensnorm; kein Rechtfertigungsbedarf im Falle der Nicht-Durchführung • **Verschlankung von Planfeststellungsbeschlüssen:** Pauschale Abhandlung von Einwendungen und Verweis auf Antragsunterlagen und UVP-Bericht • **Begrenzung der physischen Auslegung:** Physische Bekanntmachung und Auslegung nur in der Standortgemeinde; ansonsten Bekanntmachung über das Internet • **Digitalisierung in Ausschreibungs- und Genehmigungsprozessen verankern:** Nach Straffung der Verfahren an sich, stärkere einheitliche Nutzung von elektronischen Verfahren zur Beschleunigung und Transparenz von Planungsprozessen • **Stärkung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes:** Ergänzung der zentralen umweltrechtlichen Anforderungen um eine Bezugnahme auf den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz • **Ausbau von Design-&-Build-Vergaben:** Schnellere, integrierte Bauumsetzung durch kombinierte Planungs- und Ausführungsverträge • **Digitalisierung und Standardisierung von Genehmigungsverfahren:** Einführung einheitlicher digitaler Prozesse, z. B. über den Gebäudetyp E

Quelle: M4G Arbeitsgruppe „Bürokratie abbauen“

MADE FOR GERMANY

GEMEINSAM SIND WIR STARK